



POSITION
DER BUNDESTAGSABGEORDNETEN
KATRIN WERNER

DIE LINKE.

Armut in Deutschland: Ursachen und politische Alternativen

Armut hat in Deutschland Hochkonjunktur. Aktuell gibt es 2,4 Millionen Kinder, die wegen der „Einkommensarmut“ ihrer Eltern unter Armutbedingungen aufwachsen. Doch auch bei vielen kinderlosen prekär Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentnern mit geringen Altersbezügen, chronisch Kranken und Menschen mit Behinderungen u. a. reicht das Geld von vorn bis hinten nicht mehr für ein menschenwürdiges Leben aus.

Armut in Deutschland hat ein vielfältiges Gesicht. Sie bedeutet für die Betroffenen vor allem Einschränkungen bei der sozialen und kulturellen Teilhabe in unserer Gesellschaft. Es fehlt häufig das Geld für soziale und sportliche Freizeitaktivitäten, für die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen, für die Urlaubsreise mit der Familie oder die Klassenfahrt der Kinder etc. In der Regel handelt es sich also um relative Einkommensarmut der Eltern (bzw. von Erwachsenen) als Folge von Langzeiterwerbslosigkeit oder zu niedriger Erwerbseinkommen. Parallel dazu breitet sich

in letzter Zeit aber auch vermehrt „Ernährungsarmut“ in Deutschland aus. Zeugen für diesen Mangel sind die größtenteils ehrenamtlich betriebenen „Tafeln“, die in manchen Orten wie Pilze aus dem Boden schießen. Bundesweit versorgen sie mittlerweile ca. 1,5 Millionen bedürftige Personen mit Lebensmitteln. Besonders alarmierend: Mindestens ein Viertel davon sind Kinder und Jugendliche. Dies beweist: Die staatlichen Grundversicherungsleistungen (Hartz IV, Sozialhilfe) sind eindeutig zu niedrig, um Ernährungssicherheit für alle zu garantieren. Ernährungsarmut bedeutet vor allem Mangelerscheinungen durch ungesunde und zu einseitige Kost, die wegen ihrer Massenfäbrication oft deutlich preiswerter ist als gesunde Lebensmittel. Ernährungsarmut bedeutet also gerade nicht, dass die Betroffenen bis auf die Knochen abgemagert sein müssen, sondern sie zeigt sich im Gegenteil oftmals als Übergewicht, Apathie, Bewegungsmangel und als Zunahme von Stoffwechselkrankheiten bereits im jungen Alter.

Armut in Deutschland ist die absehbare Folge der damaligen „Sozialreformen“ unter Rot-grün. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors und von prekären Beschäftigungsverhältnissen, die Einführung von Hartz IV, die Rente mit 67, die Exzesse bei der Leiharbeit, die Aufstockung von schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen durch ergänzende Sozialhilfe u. a. sind politisch gewollt gewesen. Darin waren und sind sich SPD, Grüne, CDU/CSU und FDP bis heute einig. Das neoliberale Hartz-Kartell der sozialen Kälte hat die Armut nach Deutschland zurückgebracht – in einem der reichsten Länder der Erde. Während ein Uli Hoeneß die Gemeinschaft der deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um riesige Millionenbeträge geprellt hat, indem er Teile seines Privatvermögens in die Schweiz gebracht hat, fehlt vielen Menschen das Geld zum Allernotwendigsten – selbst das Geld für ein belegtes Butterbrot für die Schulkinder oder für die Fahrkarte mit öffentlichen Verkehrsmitteln, einen Schwimmbadbesuch und eine Kinoveranstaltung.

Positionspapier der Bundestagsabgeordneten **Katrin Werner**

www.katrinwerner.de | 030 227-74335 | katrin.werner@bundestag.de

POSITION

ARMUT IN DEUTSCHLAND



Kinder, die wegen der Einkommensarmut der Eltern und der sozialen Undurchlässigkeit unseres Schulsystems einen deutlich schlechteren Zugang zu Bildungs- und Ausbildungschancen haben, sind im Erwachsenenalter stärker von Erwerbslosigkeit und prekärer Beschäftigung betroffen und werden wegen ihrer geringeren Sozialversicherungsbeiträge als Rentner ebenfalls ein Leben in Armut führen müssen. Wenn nicht bald entschieden gegengesteuert wird, droht ein Teufelskreislauf aus generationenübergreifender Armut von der Wiege bis zur Bahre.



Auch Rheinland-Pfalz bildet innerhalb Deutschlands keine Ausnahme. In Rheinland-Pfalz waren Ende 2011 ca. 266.000 Menschen auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu sichern. Damit bezogen 6,6 Prozent der Bevölkerung, d. h. etwa jede 15. Rheinland-Pfälzerin und jeder 15. Rheinland-Pfälzer, Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Die rot-grüne Landesregierung

schmückt sich gern damit, dass dies im Vergleich der Bundesländer die drittniedrigste Quote (nach Bayern und Baden-Württemberg) sei. Sie verschweigt allerdings, dass parallel dazu aus den o. g. Gründen die Armutsgefährdungsquote mittlerweile dramatisch auf 15 Prozent gestiegen ist. Das heißt: Etwa jede siebte Einwohnerin und jeder siebte Einwohner von Rheinland-Pfalz ist demnach von Armut bedroht.



Foto: dapd

Was ist zu tun? Sofortmaßnahmen gegen Armut

Da die Einkommens- und Armutsentwicklung nicht von der Gesetzgebung des Bundes losgelöst betrachtet werden kann, ist vor allem auf der Bundesebene ein politischer Richtungswechsel dringend notwendig.

Forderungen der LINKEN:

- **Sofortige Anhebung der Hartz IV-Regelsätze auf 500 Euro:** Garantie eines menschenwürdigen materiellen Existenzminimums. Entsprechende Erhöhung der Kinderregelsätze, um Kinderarmut zurückzudrängen.
- **Perspektivisch Abschaffung von Hartz IV und Einführung einer repressionsfreien, bedarfsorientierten Grundsicherung:** Das Sanktionsregime gegen Erwerbslose und Sozialhilfeempfangende muss abgeschafft werden. Das Bildungs- und Qualifikationsprofil der Erwerbslosen muss bei der Arbeitsvermittlung der Jobcenter berücksichtigt werden.

- **Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 10 Euro pro Stunde:** Armut trotz Arbeit verstößt gegen die Menschenwürde. Leih- und Zeitarbeit sind auf die Bewältigung von konjunkturellen Auftragsspitzen in den Unternehmen zu begrenzen. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (400 EURO-Jobs) müssen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden.
- **Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro pro Monat:** Die gesetzliche Rente muss armutsfest gemacht werden, um im Alter ein Leben in Würde zu garantieren. Rentnerinnen und Rentner muss der entwürdigende Gang zum Sozialamt erspart bleiben. Die steigenden Lebenshaltungskosten, insbesondere der Anstieg der Wohnraumkosten und Energiepreise treffen zahlreiche Ruheständlerinnen und Ruheständler mit geringen Renten besonders hart. Die tatsächlichen Lebenshaltungskosten müssen in der solidarischen

POSITION

ARMUT IN DEUTSCHLAND



Mindestrente berücksichtigt werden. Dies erfordert mittelfristig eine Mindestrentenerhöhung auf 1.050 Euro pro Monat.

- **Sozial integratives Bildungssystem:**

Gleiche Bildungschancen für alle Kinder, unabhängig von der sozialen oder ethnischen Herkunft. Ersetzung des mehrgliedrigen Schulsystems durch die integrative Gemeinschaftsschule mit gemeinsamem Lernen in kleineren Schulklassen mit maximal 15 Schülerinnen und Schülern. Gleichzeitig müssen mehr Lehrerinnen

und Lehrer eingestellt werden. Beides ermöglicht die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler und stärkt frühzeitig ihre sozialen Kompetenzen. Das Wohl und der Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler muss im Mittelpunkt stehen. Die Bildungspolitik ist Ländersache. Rheinland-Pfalz könnte hierbei längst weiter sein und muss endlich eine Vorreiterrolle übernehmen.

- **Bessere Kinderbetreuungsangebote:** Es reicht nicht, den Besuch von Kindertagesstätten ab dem 1. Lebensjahr beitragsfrei zu

gestalten. Es müssen zunächst vor allem neue Kindertagesstätten und Ganztagschulen gebaut werden, denn die Nachfrage übersteigt das Angebot bei weitem. Ab 2013 wären viele Frauen praktisch gezwungen, das unsinnige Betreuungsgeld („Herdprämie“) der Bundesregierung anzunehmen, weil es zu wenig Kindergärtenplätze gibt. Anstelle vollmundiger Versprechen muss die Landesregierung unverzüglich mit dem Ausbau der Infrastruktur für die Kinderbetreuung beginnen und den Kommunen hierfür zusätzlich Geld zur Verfügung stellen.

Löhne und Renten retten!

Statt Spekulanten

IHRE STIMME FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

 www.linksfraktion.de